



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

sommerliche Temperaturen und hitzige Debatten waren die Merkmale der Plenarwoche im September. 40 Tagesordnungspunkte galten abgearbeitet zu werden. Sie können das auch in den Plenarprotokollen im Einzelnen nachlesen.

Begonnen haben wir mit einer bemerkenswerten Rede des Premierministers S.E. Phumulo Masualle von Eastern Cape, Südafrika. Mit einem ‚Moin, Moin‘ begrüßte er die Parlamentarier und Parlamentarierinnen und weiter: ‚Ick snack keen Plattdüütsch‘... Sympathisch!

Und während der Plenarwoche habe ich ebenfalls die Gelegenheit genutzt, in der Sache ‚Ämter für regionale Landesentwicklung politisch neutral und ergebnisoffen evaluieren!‘ mit meinem Kollegen Uwe Schünemann die von uns beantragte Akteneinsicht zur Vergabe eines Gutachtens zu sichten. Und siehe da – vieles deutet darauf hin, dass hier ein Gefälligkeitsgutachten erstellt wurde. Wir bleiben dran. Lesen Sie auch hierzu die Seite 3.

Herzlichst

Ihre

*Gudrun Pieper*

**V.i.S.d.P.**

Gudrun Pieper

Hauptstraße 9

29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25

info@gudrunpieper.de



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

## Einstimmiges Votum des CDU Landesvorstandes und der CDU Landtagsfraktion für Dr. Bernd Althusmann

In einer gemeinsamen Sitzung gleich nach der Plenarwoche haben wir vom CDU Landesvorstand und von der CDU Landtagsfraktion am letzten Samstag unseren früheren Kultusminister Dr. Bernd Althusmann als Spitzenkandidat, sowohl für das Amt des Ministerpräsidenten, als auch für das Amt des Landesvorsitzenden nominiert. Unser Parteivorsitzender David McAllister und unser Fraktionsvorsitzender Björn Thümler haben dies den Gremien gemeinsam vorgeschlagen.

Zur Erinnerung:

Im Zusammenhang mit dem Thema Spitzenkandidatur wurde in den vergangenen Wochen immer wieder von einem ‚Fahrplan‘ der CDU in Niedersachsen geredet, spe-

kuliert und auch teilweise verunsichernde Meldungen über die Medien verbreitet. Dabei haben David McAllister und auch Björn Thümler bereits sehr frühzeitig, nämlich schon kurz nach der Landtagswahl im Januar 2013 diesen gemeinsamen Zeitplan entworfen, mit dem Ziel bei der nächsten Landtagswahl wieder in die Regierungsverantwortung zu gelangen.

Mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag kann ich aus meiner persönlichen Erfahrung sagen: „Der Fahrplan ist aufgegangen.“

Ich kenne Dr. Bernd Althusmann bereits seit fast 16 Jahren und habe ihn als Mitstreiter im

Bezirksvorstand, später als Kollegen in der Landtagsfraktion, Staatssekretär im Kultusministerium und dann von 2010 – 2013 als Kultusminister schätzen gelernt. Ein durch und durch politischer Mensch, der mit Leidenschaft, Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit stets an der Sache orientiert war und ist sowie mit Fairness und Achtung seines Gegenüber an vielen Entscheidungen zum Wohle Niedersachsens maßgeblich mitgewirkt hat.

Sein Weggang 2013 nach Namibia habe ich persönlich sehr bedauert, doch konnte ich mich ein Jahr später bei einem Besuch davon überzeugen: Es war richtig so! „Politik ist nicht alles im Leben“, so Dr. Bernd Althusmann nach seiner Nominierung in Anspielung auf seine Auszeit.

Mit Dank an die Gremien wird er sich jetzt der neuen Herausforderung engagiert und mit aller Kraft stellen. Die Mitglieder haben nun am 26. November 2016 auf dem CDU Landesparteitag in Hameln das letzte Wort. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Mitglieder unserem Vorschlag folgen werden, denn sie werden in den nächsten Wochen die Gelegenheit haben in mehreren Veranstaltungen in den Landes- und Bezirksverbänden seine Vorstellungen zu diskutieren. Ich freue mich darauf und werde ihn tatkräftig unterstützen. Tun Sie es auch.

Ihre

*Gudrun Pieper*

## Inhalt

Aktuelles Seite 1

Sozialausschuss Seite 2

Europaausschuss Seite 3

Wahlkreisnews Seite 4

## Neuordnung des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufesgesetz verabschiedet

Als mündliche Berichtstatterin haben wir während der Plenarwoche sowohl das ‚Gesetz für Heilkammerberufe‘, als auch die ‚Neuordnung von Vorschriften über Berufsbezeichnungen, Berufsausübung und Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen‘ verabschiedet.

Beides war aufgrund der Vorgabe der EU-Richtlinien erforderlich. Bereits in meinem Blickpunkt vom Juni 2016 habe ich darauf hingewiesen, dass die Landesregierung hier in Verzug geraten ist. Um einem Vertragsverletzungsverfahren zu umgehen, haben wir im Ausschuss zügig, gemeinsam mit dem Gesetz- und Beratungsdienst, an der Novellierung gearbeitet. Viele Bereiche mussten redaktionell überarbeitet werden. In dem Bereich Kammergesetz haben wir jedoch mehr zum Patientenschutz beigetragen, indem wir darauf hingewirkt haben, dass jeder Arzt, jede Ärztin automatisch der Ärztekammer nachweisen muss, dass er/sie eine hinreichende Haftpflichtversicherung im Falle eines Regressanspruches hat.

Im Bereich der Gesundheitsfachberufe haben wir die Berufsbezeichnung „Heilerziehungspfleger/in“ bundeseinheitlich mit der Qualitätsbezeichnung „Staatlich anerkannte Heilerziehungspfleger/in“ neu geregelt.



Das geplante Bundesteilhabegesetz und sein Vorlauf haben Bund und Länder in den letzten Jahren sehr beschäftigt. Es ist eines der größten sozialpolitischen Reformwerke der letzten Jahre und wird die Eingliederungshilfe stark verändern. Von Juli 2014 bis April 2015 hat die Arbeitsgruppe zum Bundesteilhabegesetz beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales ihre Vorstellungen erarbeitet und einen Abschlussbericht mit mehreren hundert Seiten vorgelegt. In dieser Arbeitsgruppe waren Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände nach dem Grundsatz der Selbstvertretung „Nichts über uns ohne uns“ vertreten. Sie haben an die Reform der Eingliederungshilfe im neuen Bundesteilhabegesetz hohe Erwartungen gestellt.

Die wichtigsten Punkte:

1. Anstelle der bisherigen Sozialhilfe mit Bedarfsprüfung und Einkommens- und Vermögensabhängigkeit die Einführung eines Nachteilsausgleichs mit einer einkommens- und vermögensunabhängigen Leistung zur Teilhabe. Es muss der Nachteil der Behinderung ausgeglichen werden, um den Stand eines nicht-behinderten Menschen zu erreichen.
2. Die mit der Aufgabe der Trennung von ambulant und stationär verbundene stärkere Personenzentrierung der Leistungen.
3. Die verbesserte Verknüpfung der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) mit dem ersten Arbeitsmarkt auch mit Hilfe

von Arbeitsassistenten, dem Budget für Arbeit und der praktischen Umsetzung von Berufsbildern im Baukastenprinzip mit Teilqualifikationen.

4. Individuelle Bedarfsermittlung bei weiterhin offenem Leistungskatalog.

Der Gesetzentwurf des BMAS liegt auf der Linie dieser Forderungen, **ohne ihnen allerdings im vollen Umfang gerecht zu werden:**

Deswegen haben wir einen Entschließungsantrag unter der Drs.17/6406 im Plenum eingebracht, dessen Ziel es ist, im Schlusspakt des Gesetzgebungsverfahrens noch wichtige Verbesserungen am Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums zu erreichen.

Er enthält positive Ansätze zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe von einem „Fürsorgesystem“ zu einem Teilhaberecht.

Dennoch gibt es in einigen wesentlichen Punkten dringenden Nachbesserungsbedarf am Gesetzentwurf des BMAS:

1. Der Zugang zur Eingliederungshilfe darf künftig **nicht** einschränkend voraussetzen, dass in mindestens 5 bzw. 3 von 9 Lebensbereichen erhebliche Teilhabeeinschränkungen vorliegen müssen (§ 99 SGB IX Regierungsentwurf). Für Menschen mit nicht erheblicher einfacher Teilhabebeschränkung darf nicht nur eine Ermessungsregelung eingeführt werden, sondern es **muss** ein Anspruch auf Eingliederungshilfe formuliert werden. Anderenfalls würden

Menschen aus der Eingliederungshilfe herausfallen, die auf dieses Unterstützungssystem angewiesen sind.

2. Das „Mindestmaß verwertbarer Arbeit“ als Voraussetzung für den Zugang zu einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) gemäß § 219 SGB IX Regierungsentwurf ist **ersatzlos zu streichen**, damit Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf künftig Zugang zu WfbM haben, bzw. behalten.
3. Das Gleichrangverhältnis zwischen der Eingliederungshilfe nach SGB IX Regierungsentwurf und den Pflegeversicherungsleistungen nach SGB XI ist beizubehalten. Die Eingliederungshilfen **müssen** Vorrang gegenüber der Hilfe zur Pflege gemäß SGB XII haben.
4. Die Privilegierung von Leistungsberechtigten im Erwerbsleben mit umfassenden Leistungen der Eingliederungshilfe einschließlich Hilfe zur Pflege aus einer Hand ist aufzuheben. Anderenfalls entstünde eine 2-Klassen-Gesellschaft.
5. Die Qualitätsanforderungen an die WfbM bei der Rehabilitation der Werkstattbeschäftigten mit Behinderung müssen gesetzlich auch für die neuen „anderen Leistungsanbieter“ gelten.

Der Ausschuss Soziales, Gesundheit, Frauen und Migration wird sich jetzt mit unserem Entschließungsantrag befassen.

## Daran arbeite ich im Sozialausschuss

### Bundesteilhabegesetz zum Fortschritt aller behinderten Menschen machen





## Europaausschuss auf der Iberischen Halbinsel

Gleich nach der Plenarwoche im Juni 2016 begab sich der Ausschuss Bund, Europa, Medien und Regionalentwicklung auf die Iberische Halbinsel. Tagungsorte waren Barcelona, Madrid und Lissabon. Die Themeninhalte, wie: Minimierung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, sinnvoller Einsatz von EU-Fördermitteln, Eurokrise und deren Auswirkungen, Auswirkungen der Flüchtlingskrise, grenzüberschreitende Energieversorgung uvm. werden den Ausschuss in den nächsten Monaten weiter beschäftigen.



Empfangen wurden wir als Delegation u.a. von der Landtagspräsidentin des katalanischen Parlamentes, Carmen Forcadell (siehe Foto oben). Ein sehr beeindruckendes Gespräch. Ebenso standen die Besuche bei SEAT und VW mit auf dem Programm.



Gespräch mit dem deutschen Botschafter Ulrich Brandenburg am Rande des Fußballspiels Deutschland : Polen mit einer polnischen Delegation im Goethe Institut



## Daran arbeite ich im Europaausschuss

Debatte um Ämter für Regionalentwicklung:

Ministerpräsident Weil hat Gefälligkeitsgutachten bestellt und Armutszeugnis bekommen

Aufgrund von Unstimmigkeiten innerhalb des Ausschusses Bund, Europa, Medien und Regionalentwicklung zu unserem Entschließungsantrag 'Ämter für Regionalentwicklung neutral und ergebnisoffen evaluieren' am 12. Mai 2016 zwischen den Fraktionen, haben wir im Nachgang der Ausschusssitzung Akteneinsicht gefordert. Worum geht es?

### „Ungenierte Vetterwirtschaft in der Staatskanzlei“

In dem Ausschuss wurden von Prof. Jörg Bogumil die ersten Evaluationsergebnisse über die Einführung der Ämter für Regionalentwicklung im Jahre 2014 referiert. Vor Eintritt in die Tagesordnung war bereits eine Debatte erfolgt, da uns, als CDU, der Evaluationszeitpunkt

- zu früh erschien und
- der Gutachter Zweifel an seiner Neutralität erweckt.

Nach Akteneinsicht der Ausschussmitglieder wurden die Vermutungen **erhärtet**. In der Plenardebatte warf unser CDU-Landtagsabgeordneter Uwe Schünemann Ministerpräsident Weil vor, er habe mit Hilfe eines „Gefälligkeitsgutachtens“ versucht, die magere Bilanz der von seiner Landesregierung neu eingeführten Ämter für Regionalentwicklungen zu schönen. „Die Einsicht

in die Akten der Staatskanzlei hat eindeutig ergeben, dass man sich bei der Vergabe des Gutachtens nicht an fachlichen Kriterien, sondern an politischen Vorgaben orientiert hat“, sagte Schünemann. Anders ist es kaum zu erklären, dass das um 30.000 Euro teurere, inhaltlich und konzeptionell aber deutlich schwächere Angebot von Prof.

Jörg Bogumil (Böschung) dem fundierten Angebot des renommierten Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer vorgezogen worden ist. Schünemann weiter: „Dieses Vergabeverfahren zeigt deutlich, dass unter Weil offenbar Genossenfilz und ungenierte Vetterwirtschaft in der Staatskanzlei Einzug gehalten haben.“

Der große Zeitdruck, den Staatssekretärin Honé bei der Bearbeitung des Umfragebogens auf die kommunalen Vertreter ausgeübt habe, ist ein weiterer Beleg dafür, dass es sich bei der Bewertung Prof. Bogumils um ein von der Staatskanzlei maßgeblich gesteuertes Gefälligkeitsgutachten handle. „Man wollte offenbar noch vor der Kommunalwahl mit einer geschönten Jubelbilanz vor die Presse treten“, so Schünemann. Auf-

grund unserer beantragten Akteneinsicht verzichtete man darauf. Es ist nun sehr genau zu überlegen, wie mit den Erkenntnissen aus der Akteneinsicht umgegangen werden soll – vor allem im Hinblick auf die merkwürdigen Umstände, die der Vergabe gefolgt sind:

So sind unter anderem Zahlungen an Bogumil als Privatperson geleistet worden – das Haushaltsreferat in der Staatskanzlei habe zwar nachgehakt, ist im Folgenden aber untätig geblieben. Bei einigen Vermerken ist zudem offen die Notwendigkeit der Mitzeichnung anderer Referate verweigert worden. „Der Ministerpräsident hat ein Gefälligkeitsgutachten für die Ämter für Regionalentwicklung bestellt – bekommen hat er ein Armutszeugnis für die Arbeitsweise der von ihm geführten Staatskanzlei“, kritisierte Schünemann. „Dass der Steuerzahler für ein solches Gutachten mit insgesamt 127.000 Euro zur Kasse gebeten wird, ist eine Frechheit.“

Wir, als CDU-Fraktion behalten uns deshalb vor, gegebenenfalls den Landesrechnungshof mit der Prüfung des Vergabeverfahrens zu beauftragen. Unser Entschließungsantrag ist übrigens im Plenum abgelehnt worden. Wir bleiben dran!





## Spenden für das Ehrenamt

Meinen runden Geburtstag habe ich zum Anlass genommen auf Sachgeschenke zu verzichten. Stattdessen habe ich um Spenden zugunsten verschiedener Vereine in meiner Samtgemeinde gebeten. Mit jeweils 1000€ habe ich das Schülercafé Oasis an der KGS Schwarmstedt, die Schwarmstedter Tafel und die Jugendfeuerwehr der Samtgemeinde unterstützt. Träger des Schülercafés ist die Kirchengemeinde St. Laurentius. Pastor Frank Richter und sein engagiertes Team leisten seit 10 Jahren hervorragende Arbeit. OASIS ist ein Ruhepol im häufig stressigen Schulalltag. Und so etwas brauchen wir.

Meine zweite Spende habe ich an die Schwarmstedter Tafel übergeben. Gisela Seidel, die Leiterin der Schwarmstedter Ausgabestelle der Walsroder Tafel e.V., hat sich sehr darüber gefreut. Mit dem Scheck soll in erster Linie das Fahrzeug unterhalten und betankt werden. Die Tafel lebt vom Engagement vieler: von den

ehrenamtlichen Helfern bis hin zu Spendern und Lieferanten. Dieses Engagement und diese wertvolle Arbeit auch finanziell zu würdigen ist mir sehr wichtig!

Um die Jugendarbeit effektiv zu unterstützen, ging der dritte



Scheck an die Jugendfeuerwehr Schwarmstedt. Samtgemeindebrandmeister Detlef Röhm und SG-Jugendfeuerwehrwart Ingo



Harmrolfs nahmen die Spende entgegen. Mit ihrem Angebot steht die Feuerwehr immer in

Konkurrenz zu den Sportvereinen. Umso wichtiger ist es die Kinder und Jugendlichen für die Feuerwehr zu gewinnen und zu halten. Erfreulicherweise ist sie auf einem guten Kurs und dank des hohen Ausbildungsstands der Ehrenamtlichen Helfer auch für die Zukunft gut aufgestellt.

In unserer Samtgemeinde gibt es noch viele tolle Vereine, die durch das Ehrenamt leben und außerordentlich engagiert sind. Aus diesem Grund möchte ich einen Sponsoring-Kreis für gemeinnützige Organisationen und Initiativen ins Leben rufen. Einmal jährlich sollen die gesammelten Beträge dann an einen ausgewählten Verein in der Region übergeben werden. Dafür suche ich noch Mitstreiter, die mich beim Spendensammeln unterstützen. Wer in einem offenen, parteiübergreifenden Rahmen Vereine in unserer Samtgemeinde unterstützen möchte ist aufgefordert sich bei mir zu melden.

Gemeinsam können wir das Ehrenamt stärken!

Kontakt unter:

[info@gudrunpieper.de](mailto:info@gudrunpieper.de)

## Verleihung des Ehrenamtspreises in Buchholz

Der CDU-Ehrenamtspreis wurde in diesem Jahr an die Buchholzer Initiative „Unser Dorf hat Zukunft“ vergeben. Der Preis wird entweder an eine Einzelperson oder Gruppe verliehen, die sich in besonders anerkennender Weise auf wirtschaftlichem, kulturellem oder sozialen Gebiet zum Wohl der Gemeinde Buchholz/Aller, seiner Einrichtungen und seiner Einwohner verdient gemacht hat. Gerne habe ich die Überreichung des Preises übernommen. Die Laudatio hielt Joachim Plesse. Er hat es sehr gut auf den Punkt gebracht: "Ein Dorf lebt von seiner ehrenamtlichen Gemeinschaft". Das kann ich doppelt unterstreichen.



## Jugendparlament Schwarmstedt

Das Jugendparlament der Samtgemeinde Schwarmstedt ist das Mitbestimmungsgremium, in dem sich engagierte junge Menschen mit den Themen ihrer Gemeinde auseinandersetzen. Auf ihrer 8. Sitzung in diesem Jahr wurden Fragen und Probleme besprochen, Ideen gesammelt, Lösungen gesucht und Beschlüsse gefasst. Das Thema Spielplätze stand dieses Mal im Vordergrund.

Es hat Spaß gemacht den Jugendlichen zuzuhören und ich bin mir sicher: Vom Jugendparlament werden wir noch viel hören.

